

Liebe Bewohner des Kunger Kiezes und Umgebung,

die Anwohnerinitiative gegen Mieterhöhungen möchte Sie heute auf das Problem der steigenden Mieten in unserem Kiez hinweisen.

Berlin benötigt laut Statistik ca. 37.000 neue Wohnungen pro Jahr. Gebaut werden z.Zt. aber nur ca. 3.900 Wohnungen im Jahr, davon die meisten im hochklassigen Mietniveau.

Verstärkt wird diese Entwicklung durch die steigende Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen der Kunger Kiez hat nach dem Prenzlauer Berg die höchste Umwandlungsquote in ganz Berlin. Die Folge dieser Entwicklung ist, dass das Angebot an preisgünstigen Wohnungen für die einkommensschwache Bevölkerungsschicht (Minijobber, kleine Selbstständige, Hartz IV Empfänger, Rentner mit niedriger Rente etc) weit hinter der Nachfrage zurück bleibt und auch die mittleren Einkommen immer höhere Anteile ihres Einkommens an den Vermieter überweisen müssen. Unter den unteren Lohngruppen wächst die Angst im Mietwettbewerb nicht mehr mithalten zu können und zwangsweise umziehen zu müssen. Wer seine Arbeit verliert, läuft Gefahr, seinen angestammten Kiez verlassen zu müssen, die vom Jobcenter gezahlten Mieten halten mit der Mietpreiserhöhung nicht Schritt.

Bleibt es bei der jetzigen, neoliberalen Wohnungspolitik, wird diese Entwicklung weitergehen. Der Höhepunkt der Entwicklung dürfte laut Experten in ca. 2 Jahren zu erwarten sein. Dann sind die letzten Leerstandsreserven aufgebraucht und die Situation ähnelt der Situation, die dem Westberliner aus den 1980er Jahren bekannt sein dürfte. Damals wurde der Begriff Wohnungsnot Realität für die letzte Bruchbude zahlte der Mieter astronomische Summen.

Der Berliner Mietspiegel erweist sich in dieser Entwicklung als unzureichend bezieht er sich doch nur auf laufende Mietverträge. Bei Neuvermietungen kann der Vermieter nehmen, was der Markt hergibt in den letzten Jahren bis zu 30% Mieterhöhung. Und diese erhöhten Mieten fließen wieder in den Mietspiegel ein und treiben das Mietniveau insgesamt in die Höhe.

Auch das Umlegen der Modernisierungskosten eines Hauses von 11% pro Jahr neun Jahre lang auf den Mieter führt dazu, dass der Mieter den gestiegenen Wert des Hauses komplett bezahlt, danach eine weit aus höhere Miete zu zahlen hat und möglicherweise, weil er diese nicht mehr aufbringen kann, ausziehen muss. ABSURD.

Die Anwohnerinitiative fordert deshalb das Ende dieser neoliberalen Wohnungspolitik.

Nicht die Gewinnerwartung des Vermieters hat im Mittelpunkt zu stehen, sondern die Absicherung der unteren und mittleren Einkommensschichten auf dem Wohnungsmarkt.

Dazu sind eine stärkere Regulierung des Wohnungsmarktes und öffentlicher Wohnungsbau zwingend notwendig.

Unterstützen Sie uns bei diesen Forderungen. Es geht auch um ihre Miete! Achten Sie bitte auf unsere Veranstaltungstermine.

Mit freundlichem Gruß

Anwohnerinitiative gegen Mieterhöhung